

Die Pflege in Bundesbern

Die Pflege beschäftigt die Politik auf nationaler Ebene mehr denn je. An einer Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik SGGP wurde ein Blick auf die aktuellen Themen geworfen: Die Pflegeinitiative, die Pflegefinanzierung und das Gesundheitsberufegesetz.

Text: Martina Camenzind / Fotos: Françoise Tailleus



Mit 85 Jahren zum ersten Mal im Bundeshaus: Sr. Liliane Juchli nutzte die Möglichkeit, im Anschluss an die SGGP-Tagung an einer Führung teilzunehmen.

Man darf wohl ohne zu Zögern behaupten, dass die Pflege mit der Pflegeinitiative einen grossen Fuss in die Tür des Bundeshauses gestellt hat und der SBK endgültig zu einem ernstzunehmenden Player in der Gesundheitspolitik wurde.

Dass es notwendig war, das Heft selbst in die Hand zu nehmen, zeigte die Begrüssungsansprache von SGGP-Präsident Jean-François Steiert an der Tagung «Die Pflege in Bundesbern» Mitte November in Bern (s. Interview S. 18). Die Politik habe es verpasst, Verantwortung an die Pflege abzugeben. Im Gesundheitswesen verharre man in den alten Hierarchien. Die Folge sei ein ineffizientes System. «Mit dem falschen Geld wird das Falsche finanziert, die Kompetenzen der Pflege werden verschwendet, anstatt genutzt.»

Die zwei Kinder der Hoffnung

Auch wenn der Bundesrat die Pflegeinitiative ablehnt, war für Sr. Liliane Juchli der Tag der Einreichung der Unterschriften ein besonderer Tag. «Die Energie, die ich auf dem Bundesplatz gespürt habe, war für mich eine grosse Freude», sagte die unermüdete Kämpferin für die Pflege, und sie wecke Hoffnung. Die Hoffnung, so Juchli, habe zwei Kinder – «Zwillinge, nicht eineiige. Sie heissen Wut und Mut. Wichtig ist, dass sie Hand in Hand gehen, man darf die Wut nicht destruktiv werden lassen.» Die Politik müsse sich für die Pflege einsetzen, aber: «Die Zukunft liegt auch in unseren Händen. Was wir einfordern, muss gelebt und erwiesen sein. Geht den Weg, der vom SBK vorgepfadet wird, mit Berufsstolz!»

Vom toten Pferd absteigen

Von mangelndem Berufsstolz war bei den drei «Jungen Wilden» an der Tagung nichts zu spüren. Sie wissen um den Wert ihrer Ausbildung und fordern die Anerkennung ihrer Kompetenzen. Dazu gehört für Pflegefachfrau FH Tanja Löpfe auch die Eigenverantwortung, und für Viola Lorenz, die scheidende Präsidentin von Swiss Nursing Students, die sachgerechte Finanzierung in jedem Bereich. Sabir Semsî, Pflegefachmann HF in Ausbildung, erwartet, dass die Parteien, die die Gesundheitsversorgung im Parteibuch haben, auch wegweisende Ergebnisse liefern. Mit Kritik halten sie nicht hinter dem Berg: In der Gesundheitspolitik dominierten Partikularinteressen, einseitige Sichtweisen und Parteiengizänk. Im Berufsfeld herrschen Zeitmangel, Leerläufe und unnötige Abhängigkeiten, die Wertschöpfung durch die Pflege werde ignoriert. Dazu kämen die Folgen der Ökonomisierung: Profitdenken, Überregulierung, ineffiziente Finanzierung.



Ihr Fazit der aktuellen Situation: Man reite ein totes Pferd. Es gelte, abzusteigen und einen Neuanfang zu wagen. Dabei sind sie bereit, ihren Beitrag zu leisten und davon überzeugt, dass sie auch das Rüstzeug dafür mitbringen.

Baustelle Pflegefinanzierung

Ein brennendes Thema auf nationaler Ebene ist die Pflegefinanzierung im Langzeitbereich. Sie wurde 2011 neu geregelt, um zwei Ziele zu erreichen: Die Beiträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherungen OKP stabilisieren und die sozial schwierige Situation der Pflegebedürftigen verbessern. Dazu wurden Massnahmen definiert: Begrenzung der Beiträge der OKP, Limitierung der Patientenbeteiligung, die Kantone und gegebenenfalls Gemeinden regeln die Restfinanzierung. Gemäss der im Sommer veröffentlichten «Evaluation neue Pflegefinanzierung», die an der SGGP-Tagung von Christian Vogt vom Bundesamt für Gesundheit BAG präsentiert wurde, sei das Ziel erreicht. Dass es bei der Umsetzung, namentlich bei der Restfinanzierung hapert, sei



Die Zukunft liegt auch in unseren Händen. Was wir einfordern, muss gelebt und erwiesen sein.



zwar bekannt. Es brauche aber keine zusätzlichen Regulierungen, das BAG und das EDI würden mit den Restfinanzierern das Gespräch suchen. Ob dies in nützlicher Frist auch Resultate zeitigen wird, muss sich zeigen...

Baustelle GesBG

Mit dem Gesundheitsberufegesetz GesBG wird die Ausbildung sowie die Berufsausübung von sieben FH-Berufen «in eigener fachlicher Verantwortung»

auf nationaler Ebene geregelt. Bis anhin gab es dazu nur kantonal unterschiedliche Regelungen. Die Verordnungen zum GesBG befinden sich derzeit in der Vernehmlassung. Dabei zeigen sich, so Claudia Galli, Präsidentin des Verbands der Berufsorganisationen im Gesundheitswesen SVBG, schon erste Probleme: So scheinen einige Kantone der Auffassung zu sein, dass ein Bachelor nicht zur Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung befähigt und verlangen zusätzlich z. B. zwei Jahre Berufspraxis. Ein anderer strittiger Punkt sei, für wen die gesetzlich festgelegten «Berufspflichten» gelten sollen: für alle, oder nur für jene, die in «eigener fachlicher Verantwortung» arbeiten? Und auch das vorgesehene Berufsregister beurteile man nach anfänglicher Euphorie etwas «nüchterner» – weil die

Frage offen sei, wer dieses führe, wer die notwendigen Daten liefere und wer sie unter welchen Voraussetzungen nutzen könne.

Druckmittel Initiative

Die Pflegefinanzierung und das GesBG sind zwei Beispiele, wie der SBK auf nationaler Ebene lobbyiert: Oft in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen und nicht zwingend mit schlagzeilenträchtigen Ergebnissen. Anders sieht es bei der Pflegeinitiative aus: Mit ihr hat der SBK ein starkes Druckmittel in der Hand. Doch mit einem Verfassungsartikel alleine ist die Arbeit nicht getan. Denn die Umsetzung muss auf Gesetzesebene und anschliessend in den Kantone erfolgen. Die Arbeit geht also auch nach einer allfällig gewonnenen Abstimmung weiter.

Polit-Jahr 2019

Im Herbst 2019 finden nationale Wahlen statt. Zudem befindet sich die Pflegeinitiative in der heissen parlamentarischen Phase. Die Rubrik «unter der Kuppel» beleuchtet deshalb in jeder Ausgabe ein für die Pflege relevantes politisches Thema.

Den Auftakt macht ein Bericht von der Tagung «Die Pflege in Bundesbern» der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik. Die SGGP versteht sich als unabhängige Plattform für alle Themen, Fragen und Ideen rund um die Gesundheitspolitik und das Gesundheitswesen. Die Mitgliedschaft steht natürlichen und juristischen Personen offen. Präsident ist der Freiburger Staatsrat Jean-François Steiert, SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribi ist eine der drei VizepräsidentInnen.

www.sggp.ch

Pflegeinitiative: Start der Beratungen am 24. Januar

Als Erstkommission wird die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) die Pflegeinitiative behandeln. An der Kommissionsitzung vom 24. Januar 2019 ist die Anhörung des Initiativkomitees und eine allgemeine Aussprache traktandiert. Am 14. Februar folgen eventuell weitere Anhörungen sowie die Detailberatung. Der SBK lobbyiert intensiv bei den Mitgliedern der Kommission für die Initiative.

JEAN-FRANÇOIS STEIERT, PRÄSIDENT DER SGGP UND STAATSRAT DES KANTONS FREIBURG

«Es ist wichtig, dass der SBK die Bevölkerung sensibilisiert»

Der Freiburger Gesundheitspolitiker warnt vor der Kampagne der Gegner der Pflegeinitiative, die mit steigenden Kosten argumentieren werden. Es werde darum gehen, dass sich die Stimmenden in erster Linie als potenzielle Patientinnen und nicht als Prämienzahler sehen.



Der Sozialdemokrat Jean-François Steiert ist Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik und Mitglied der Freiburger Kantonsregierung. Von 2007 bis 2017 sass er im Nationalrat. Er engagiert sich seit vielen Jahren in der Gesundheitspolitik.

Krankenpflege: Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie mit dem Gesundheitswesen?

Jean-François Steiert: Eine sehr frühe: Ich wuchs in einer Landarztfamilie auf. Die Praxis befand sich im Haus, die Patienten kamen zum Teil zu uns, um einen Kaffee zu trinken. Und unser Vater redete viel über die Arbeit, auch über ihre sozialen Aspekte.

Sie haben sich früh in der Gesundheitspolitik engagiert.

Ja. Ich war früher auch Präsident einer Patientenschutzorganisation. Es waren übrigens oft Pflegefachpersonen, die wegen Missständen oder falschen Therapieansätzen an uns gelangten.

Was haben Sie als Politiker gemacht, damit die Menschen auch im Jahr 2030 noch Pflege erhalten?

Mein Engagement dauert schon viele Jahre und fand in verschiedenen Funktionen statt, zum Beispiel im Zusammenhang mit der FH-Ausbildung in der Romandie. Die Pflegefachpersonen sind Schlüsselpersonen mit oft unterschätzten Kompetenzen, die nicht immer optimal genutzt werden, aus Tarif- und Prestige Gründen.

Wie meinen Sie das?

Eine Studie der FH in Lausanne analysierte die Aufgaben, die Hausärzte und Pflegefachpersonen ausführen. Die Überschneidungen sind frappant. Der Hausarzt führt aus Tarifgründen oft Tätigkeiten aus, für die eine Pflegefachperson alle Kompetenzen mitbringen würde – ganz zu schweigen von ihrer Sozialkompetenz.

Haben Sie die Pflegeinitiative unterschrieben? Ja, natürlich!

Welche Rolle spielt die SGGP in den aktuellen Diskussionen um die Gesundheitsversorgung?

Die SGGP vereint Vertreter aus dem ganzen Gesundheitsbereich aus der ganzen Schweiz, jeder kann seine Position darlegen. Wir wollen mit Kongressen, Publikationen und Analysen faktengestützte Impulse geben.

Aber viele Themen polarisieren.

Die Positionen haben sich in den letzten Jahren verhärtet. Bei Themen, wo die Meinungen gemacht und die Fronten klar sind – ob nun auf der Basis von Tatsachen oder nicht – ist es schwierig zu intervenieren. Die SGGP versucht hier die Debatte zu öffnen.

Wie das?

Unser Vorstand besteht aus wichtigen Personen aus allen Bereichen des Gesundheitssystems. Wir bieten einen Rahmen, in dem man offen diskutieren kann.

In gewissen Fragen müsste man jedoch Lösungen auf nationaler Ebene finden.

Angesichts der unterschiedlichen Interessen wird dies zweifellos den Aufbau eines für die Pflege günstigen Machtgleichgewichts erfordern.

Wo befinden sich darin die Pflegefachpersonen?

Sie haben die Pflegeinitiative. Aber die erfolgreiche Unterschriftensammlung macht nicht allen Angst. Der Bundesrat hält die Situation nicht für gravierend, weil es auch andere Interessen gibt. Meiner Meinung nach muss der SBK das Parlament von einem indirekten Gegenvorschlag überzeugen.

Würde die Bevölkerung die Pflegeinitiative in der Abstimmung nicht unterstützen?

Ich bin kein Wahrsager. Aber solange die Menschen gesund sind, sehen sie sich vor allem als Prämienzahler. Sobald es auf eine Volksabstimmung zugeht, werden die Gegner eine Kampagne fahren, in der sie behaupten, dass das furchtbar teuer wird. Ich bin zwar persönlich der gegenteiligen Meinung, aber das Resultat wird davon abhängen, ob sich die Stimmenden eher als Prämienzahlerinnen oder eher als potenzielle Patienten sehen, die eine Stärkung der Pflege wollen.

Die Sensibilisierung der Bevölkerung ist also sehr wichtig.

Ich bin nicht sicher, ob die Bevölkerung die Auswirkung der mangelnden Anerkennung der Pflege und ihre alltägliche Bedeutung begriffen hat. Die Sensibilisierungsarbeit und der Druck, den der SBK macht, sind wichtig. Denn die Pflege ist in der Schweiz unterfinanziert, was angesichts der Alterung der Bevölkerung zahlreiche generelle Fragen aufwirft.

Interview: Françoise Taillens